



HESSISCHER LANDTAG

08. 12. 2020

ULA

Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion der SPD**

Langfristige Sicherung der Kaliproduktion im hessisch-thüringischen Revier bei gleichzeitiger Einhaltung hoher Umweltstandards durch K + S

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist sich der Bedeutung des hessisch-thüringischen Werra-Fulda-Kali-Reviers in Philippsthal und Hohenroda, Heringen, Unterbreizbach und Neuhaus bewusst. Die dortigen Rohstoffvorkommen sind die Basis für einen weltweit anerkannten Produktionsstandort für Spezialdüngemittel und weitere Grundstoffe für vielfältige Industrieprodukte. Das hessisch-thüringische Kalirevier ist zugleich ein hochmoderner Analytik- und Forschungsstandort.
2. Der Landtag erkennt an, dass der hessisch-thüringische Kalibergbau mit mindestens 5.000 direkten Arbeits- und Ausbildungsplätzen der größte Arbeitgeber und damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Region ist. Umfangreiche Aufträge an regionale Zulieferer und Dienstleister und ein hohes, jedoch mitunter großen Schwankungen unterworfenenes Gewerbesteueraufkommen tragen wesentlich zur Wertschöpfung und zum Wohlstand in den Standortgemeinden und deren Umland bei.
3. Dem Landtag ist bewusst, dass die Kaligewinnung und -aufbereitung mit erheblichen Eingriffen in die Umwelt – wie z.B. der Inanspruchnahme von Flächen für die Aufhaltung von Fabrikrückständen und die Einleitung salzhaltiger Prozess- und Haldenabwässer in die Gewässer – verbunden sind. Um diese Eingriffe gering zu halten und bestmöglich zu reduzieren, streben das Land Hessen und der Freistaat Thüringen die Umsetzung umfangreicher Maßnahmen zum Gewässerschutz, zum Naturschutz und zur Rekultivierung durch den Bergbautreibenden an. Auch wenn bereits zahlreiche Maßnahmen zur Reduktion des Salzabwasseranfalls umgesetzt wurden, sind zur Erreichung der Zielwerte für Werra und Weser auch zukünftig weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Salzabwässer erforderlich. Die Versenkung von Salzabwässern in den Untergrund wird spätestens bis Ende 2021 eingestellt.
4. Der Landtag erkennt an, dass das Land Hessen und der Freistaat Thüringen ein hohes Interesse daran haben, die Kaliproduktion als solche und damit die Arbeitsplätze und die regionale Wertschöpfung möglichst bis zur Erschöpfung der Lagerstätten voraussichtlich 2060 langfristig zu sichern, die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserökologie und zur Einhaltung der Zielwerte umgehend durchzusetzen und die Umweltauswirkungen in der Betriebs- und der Nachbergbauphase insgesamt deutlich zu verringern. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn das kaliabbauende Unternehmen weitere anspruchsvolle Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität in Werra und Weser umsetzt. Dafür benötigt der hessisch-thüringische Kalibergbau verlässliche Rahmenbedingungen. Dazu gehören Perspektiven für die langfristige Planung von Unternehmensinvestitionen, die gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit des Kaliabbaus, aber auch die Absicherung des Gewässerschutzes einschließen.
5. Der Landtag begrüßt vor diesem Hintergrund das langfristige Bekenntnis des Landes Hessen und des Freistaats Thüringen zum Kalibergbau. Das Land Hessen und der Freistaat Thüringen werden ihren Beitrag dazu leisten, damit die Produktion möglichst auf dem heutigen Niveau aufrechterhalten werden kann und so der vollständige Erhalt des Standortes im hessisch-thüringischen Werra-Kali-Revier gewährleistet wird. Die Sicherung der Arbeitsplätze und der Umweltschutz sind gleichermaßen Ziel dieser Bestrebungen.

gen. Der Schlüssel zur Fortführung des Kalibergbaus im Sinne dieses gemeinsamen Verständnisses ist insbesondere eine langfristige Perspektive für die Entsorgung der festen und flüssigen Produktionsrückstände. Das Land Hessen und der Freistaat Thüringen erwarten deshalb von dem kaliabbauenden Unternehmen, auch künftig alle dafür erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen, um die mit der Kaliproduktion verbundenen Umweltauswirkungen, insbesondere die Salzbelastung der Werra und Weser, im Sinne des europäischen Wasserrechts nach Vorgabe des Bewirtschaftungsplans Salz und des Maßnahmenprogramms Salz weiter zu reduzieren und die Zielwerte einzuhalten. Dies schließt Umweltschutzinvestitionen in den Werken ebenso ein wie Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten mit dem Ziel der Vermeidung und Verminderung der Produktions- und Haldenabwässer und die Realisierbarkeit neu entwickelter innovativer Verfahren der Reduzierung der Haldenabwässer. Die kosteneffizienten Maßnahmen sollen in ihrer Gesamtheit und in ihrem Zusammenwirken einen umwelt- und ressourcenschonenden Kalibergbau bis zur Erschöpfung der Lagerstätten sowie eine umweltschonende Nachbetriebsphase sicherstellen.

6. Das Land Hessen und der Freistaat Thüringen werden sich konsequent dafür einsetzen, dass die Maßnahmen zum Umweltschutz und die Investitionen in die weitere Erschließung der Lagerstätten zügig realisiert werden können.
7. Der Landtag hält die nachhaltige Abschottung und Nichtgefährdung der größten Untertagedeponie der Welt, „Herfa-Neurode“, vor eventuellen Wassereinträgen oder einem Anstieg der Luftfeuchtigkeit für unverzichtbar.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 8. Dezember 2020

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)

Für die Fraktion
der SPD
Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser